

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, Mai 1929.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 250 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 218 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Die Blutschuld der Sozialdemokratie

### Sie schändet die Toten und beschimpft klassenbewußte Arbeiter als Lumpenproletariat Klassen- oder Führerpolitik

#### Irresinnige Bestien

##### Bekanntlich schöner Seelen

Der bekannte pazifistische General von Schöeneich hat in der vorletzten Nummer der „Welt am Montag“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er von dem Reichsanwalt Jorns und der damaligen Einstellung von Militär- und Bürgerkrieg gegen die kämpfende Proletariat und dessen Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Stellung genommen hat. Mit anerkennenswerter Offenheit hat er sich selbst und seine Gesinnungsgenossen neben anderen Ehrentiteln als irrsinnige Bestien bezeichnet. Diese Erkenntnis kommt reichlich spät. Sie wirkt um so grotesker oder besser tragischer, als die gesamte bürgerliche Presse einschließlich der Sozialdemokratie zur selben Zeit — der Artikel wurde am 29. April 1929 veröffentlicht — eine Mordhetze gegen das revolutionäre Proletariat entfachte. Die irrsinnigen Bestien der Januarfrage 1919 sind die gleichen wie in den Maitagen des Jahres 1929. Die nach 10 Jahren gewonnene Überzeugung ihrer moralischen Minderwertigkeit und ihrer bestialischen Gesinnung hat die Bourgeoisie in drei Tagen schon wieder im Eiler des Klassenkampfes abgeworfen. Bei der Sozialdemokratie liegt der Fall genau so parallel. An Stelle von Noske ist nun Zorgebet gestiegen. Die Bestien der freiwilligen Regimenter stecken jetzt in Schupo-Uniform. Die kaiserlichen Gendarmen sind jetzt republikanisch etikettiert. Es fehlen nur noch die Mörderzentralen. Sie sind aber nicht mehr notwendig. Die staatliche Macht ist stabilisiert. Die trockene Guillotine der Justiz ist im Laufe der Jahre auf Hochverrat und Landfriedensbruch, sowie Aufrührerprozesse glänzend eingespießt. Damals kämpfte die Sozialdemokratie um die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung. Jetzt verteidigt sie die von ihr geschaffene bürgerliche Ordnung. Ihr schärfster Gegner ist in beiden Fällen das revolutionäre Proletariat. Als Regierungspartei, als Partei der Ruhe und Ordnung, ist sie heute wie damals die revolutionäre Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen das Kapital nichts weiter als Lumpenproletariat. Sie liefert der Bourgeoisie die Stützworte. Die Bourgeoisie greift sie begierig auf und treibt mit ihnen die Pogromstimmung bis zur Siedehitze.

Die Bourgeoisie braucht jetzt den Belagerungszustand. Die wirtschaftliche Krise nimmt ungeheure Formen an. Infolgedessen treibt die revolutionäre Welle. Die Arbeiterschaft kämpft sich an die Parolen der „Revolutionären KPD“. Sie hofft auf ihrer Führung aus dem Elend herauszugetrieben. Die KPD, bezweifelnd diese Stimmung, um die revolutionären Energien zur Auslösung zu bringen. Sie ergreift die erste beste Gelegenheit, das Verbot der Maidemonstration, um den Kampf zum Austrag zu bringen. Sicher ist der Kampf eine bittere Notwendigkeit, die einzige Möglichkeit, der immer wachsenden Offensive des Kapitals zu begegnen. Das Proletariat muß aus der Defensive heraus bei Strafe seines Untergangs. Es darf aber nicht den Zeitpunkt des Kampfes von der Bourgeoisie diktiert lassen. Die Bourgeoisie würde, daß der Kampf kommen muß. Sie stand schon seit Beginn des Jahres Gewehr bei Fuß. Der Belagerungszustand war die äußere Form der Alambereitschaft. Man war für den Kampf gerüstet. Da gegen wartete die Arbeiterschaft müde im Lauf der Dinge ab. Die Sozialdemokratie hielt durch eisernen Schlüchterschwanz jede Bewegung in der Arbeiterschaft nieder. Sie benutzte die Krise des Kapitals, um der Arbeiterschaft die Fesseln weiter anzuziehen. Der Kampf in der nordwestdeutschen Eisenindustrie von der revolutionären Arbeiterschaft gar nicht als die Einleitung der Kapitaloffensive begriffen worden. Die KPD hatte ihn nicht als politischen Kampf, sondern als Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie geföhrt. Sie machte daher nicht den allgeringsten Versuch, die revolutionären Kräfte zu entlassen. Die Taktik der Gewerkschaftsopposition mit ihrer typischen Führer- und Instanzpolitik kompromittiert wegen ihrer Festlegung auf die Erhaltung des Status quo. Die Kampfaktionen, die die KPD inszenierte, waren infolge ihrer eigenen inneren Zerrissenheit zwischen Kommunisten und kommunistischen Gewerkschaftlern von vornherein zu einer

Bei dem 1. Mai 1929 und die folgenden Tage wurden Dutzende von Arbeitern erschossen. Dutzende hingen — von den Dumm-Geschossen der Polizei zur Strecke gebracht — in den Krankenhäusern. Tausende wurden verhaftet. Der RFB ward für Preußen, dann auch für Bayern, verboten — und nichts rührte sich!

Es ist notwendig, das ganz klar auszusprechen. Wenn man nämlich der noch einmal erschienenen „Roten Fahne“ Glauben schenken wollte, dann sieht die Revolution unmittelbar bevor, trotzdem man doch dort wissen müßte, daß die Phrasen der KPD von den breiten Massen überhaupt nicht beachtet wurden. Die Sozialdemokratie hat ihre Brutalität verhehlen können, ohne auf den Widerstand der breiten Massen zu stoßen.

Es ist notwendig, das auszusprechen, und es ist notwendig, die Ursachen des kläglichen Zusammenbruchs dieser Aktion bloßzulegen. Mit dem Geschrei über die Mörderparade, die Sozialdemokratie, darf nicht versucht werden, daß es sich hier wieder einmal um ein typisches Beispiel der Bankrott-Politik der KPD handelt. Daran ändert nichts, wenn die Opfer des Zörgiebel-„sozialismus“ unter viel Kränzen und Blumen und Reden und unter dem Beifall von viel Volk begraben werden.

Der Mai hat heute eine andere Bedeutung als in der Zeit des Frühkapitalismus. Wir haben dies an anderer Stelle ausführlich begründet. Trotzdem ist es die Pflicht des revolutionären Proletariats, auch mit allen Mitteln eine Bewegung zu unterstützen zur Brechung des Demonstrationsverbots. Aber es ist auch Pflicht des revolutionären Proletariats, keinerlei Illusionen über die Bedingungen des Kampfes aufkommen zu lassen, und darauf hinzuwirken, daß nur die Kraft des Proletariats eingesetzt werden kann, nicht die bombastischen Phrasen einer Partei.

Wenn es der KPD ernst war mit der Verteidigung des 1. Mai als Demonstration auch gegen den Willen der Polizeistatthaltern, dann dürfte die Frage des Proteststreiks nicht am 2. Mai gestellt werden, sondern diese Frage müßte Wochen vorher in die Betriebe getragen werden, um durch den Generalstreik vor dem 1. Mai die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in eine politische Frage zu stellen. Ein ernst zu nehmendes Bekenntnis der Arbeitermassen selbst hätte die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in einen für jedermann drastisch sichtbaren Konflikt mit den Arbeitermassen gebracht. In diesem Falle wäre auch ein klares Bild über den wahren Willen der Proletariat, über ihren Willen, in Aktion zu treten, zu verzeichnen gewesen. Und wenn diese Klassenkräfte des Proletariats nicht reichen, den Stein ins Rollen zu bringen, dann ist es die Pflicht der revolutionären Partei, dem Proletariat ins Gesicht zu sagen, daß die mangelnde Aktionsbereitschaft des Proletariats nicht aufzuweichen werden kann durch die Bravour einiger Weniger.

Die KPD betreibt jedoch nicht eine politische Erziehungsarbeit, mit einem Wort, keine Klassenpolitik, sondern die Politik der roten Führerpolitik. Nachdem sie jahrelang den Gewerkschaften die Massen zutreibt, selbst mit den Gewerkschaften organisatorisch verbunden ist, kann sie nicht mit einem Male gegen die Gewerkschaften — oder nur um den Preis der sicheren Niederlage gegen sie anrennen. Zu dieser Illusionspolitik gehört auch das Geschrei über den „Sieg“ der roten

diese Vergünstigung nicht, da sie „nicht sicher genug“ schien. So konnten die Kleinen abgewirgt oder zum Verkauf an größere und schließlich an Reemstma gezwungen werden. So entstand das private Zigarettenmonopol in Deutschland, da dies ja der Sinne der wahren und wirklichen Demokratie ist.

Die Konzentration der Zigarettenindustrie birgt aber noch eine andere sehr wichtige Lehre für das Proletariat in sich. Für die Schulden hätte das Reich die gesamte Zigarettenindustrie annehmen können. Es hätte auch dann noch ein glänzendes Geschäft gemacht, wenn es den Aktionären die Aktien voll bezahlte, ja, auch dann noch, wenn es sie zu doppeltem Preis, d. h. für 300 Millionen Mark, gekauft und anbezahlt hätte. Auch bei einer Reduktion der Zigarettenpreise um die Hälfte hätte ein Reichszigarettenmonopol eine Rieseneinnahmequelle für das Reich bedeutet. Daß dieses Reich, die angeblich wegen Geldmangel nicht leben und nicht sterben kann, dies nicht tat — nicht tat, obwohl es jeder armen Witwe das letzte Bett unter dem Leibe wegzog wegen Lapalien-schulden, — das sollte auch jedem Arbeiter mit einer Intelligenz weit unter dem Durchschnitt beweisen, daß das Kapital das Reich, nicht das Reich das Kapital regiert.

Eine Schuldenbremse für die künftige Politik der Reemstma ist es wohl, daß sie ihre bisherige Betriebsform als Aktiengesellschaft zurückverwandelt hat in eine G. m. b. H. Die Bilanz der G. m. b. H. nicht. Was geht es auch die Arbeiter, die Gemeinde, den Staat, das Reich an, wieviel Profite der Trust aus den Konsumenten und aus geputzten Bankrotten machen wird? Alles wird sich doch nicht verstecken lassen. Und so ist es schon besser, man schweigt aus Höflichkeit. Zum Steuern zahlen gibt es genug Dumme — Proletariat, dem sie von Löhne abgezogen werden.

Und der Schluß. Die Reemstma hat ihre Dachgesellschaft d. h. den eigentlichen Kopf der G. m. b. H. — wenigstens dem Scheine nach — ins Ausland verlegt, nach Holland, Holland, wo die Steuern übrigens niedriger sind als in Deutschland, wird sich dem bezogen, was man ihm weismacht und gibt. Denn in Wirklichkeit hat Holland ja gar kein Recht, Steuern zu verlangen. In Holland wird ein Mann mit einem großen Buch sitzen, in das er allerlei angebliche Schulden, Anleihen, Defizite usw. schreibt, die die Einkommenssteuer der Zigarettenwucherer in Deutschland ermäßigen. Denn auch Patriotismus ist nur für die Proletariat, die nie alle werden.

### Kampf unter den Oeldieben

Von Dan Horsley

Warum Mister Rockefeller den Schwindler Mister Stewart übernahm. Die Tatsachen im großen Kampf der Oeldieben stellen die Frömmlichkeit der bürgerlichen Oeldiebstahlers in ein neues Licht. Eine Geschichte, die jeder lesen muß, besonders der Arbeiter.

Das Ringen um die Kontrolle in der Standard Oil Industrie erscheint, oberflächlich gesehen, als ein privater Kampf zwischen den beiden Persönlichkeiten John D. Rockefeller jr. und Col. Stewart. In Wirklichkeit jedoch handelt es sich in diesem Kampf um eine Zentralisierung, um eine Konzentration dieser Industrie und deren Kontrolle. Die Arbeiter sind nur die Spielballen in diesem Spiel.

Das Magazine of Wall Street brachte am 9. Februar 1929 einen Artikel von Roscoe P. Greshaw, in welchem dieser eine ausgezeichnete Darstellung der Ereignisse in der Oeldindustrie, von der ersten Handels-Delegation zu Tinsville in Pennsylvania bis zur Auflösung des Oeltrusts 1911 gibt. Wir erfahren dort, daß John D. Rockefeller sr. über all die Männer „mit scharfem Verstand“ triumphierte, sie erdichtete und die Oel-indien Company oder auch die Hudson Bay Company jemals hätten träumen lassen. Jene Unternehmen, die kleiner waren, verschluckt durch Rockefeller Gebäude, dem Standard Oil Trust, der bereits 1898 33 Prozent der gesamten Oelproduktion Amerikas kontrollierte.

Standards frühe Oberherrschafft.

Einmündert und vierzehn Gesellschaften wurden von Standard Oil kontrolliert bis der Sherman Anti-Trust Akt von 1890 die Gruppe in einzelne, abhängige Vereinigungen spaltete. Jetzt gab es Produktions- und Erwerbungsunternehmen, die das Rohöl an selbständige Transportagenturen lieferten, die es wiederum zu den Raffinerien brachten und von dort kam es dann die Handelsabteilung fertig für den Verkauf.

Und zum Schluß wird dann gesagt, daß die Ruhrarbeiter zum 1. Mai unter dieser Parole den Kampf aufnehmen müssen. Ausgerechnet zum 1. Mai.

Eine solche „Stellung“ zu den Fragen des Arbeiterkampfes, in der plattester Reformismus mit kontinentalen Radikalismus, in dem Sieg best, wird durch eine solche „Berichtigung“ nur in ihrer ganzen prinzipiellen Verlogenheit aufs neue gekennzeichnet und für jeden objektiven Beobachter bewiesen, daß die Redaktion des „Kampfruf“ zum Gefangenen einer politischen Richtung geworden ist, die in ihrem platten Reformismus absolut konsequent und logisch ist. Der Versuch, diese Tatsache durch solche „Berichtigungen“ zu verschleiern, wird die Macher solcher Experimente wohl nicht vor dem Fluch der Lächerlichkeit bewahren, aber leider ist das Spiel nur möglich in dem Preis der Verwirrung der Proletariat. Aber in der AAU, scheint man sich das leisten zu können.

Aus Essen wird uns dazu noch geschrieben: Zu der Berichtigung in Nr. 16 des „Kampfruf“ zu dem Artikel „Der kommende Ruhrkampf“ möchte ich folgendes feststellen: Auf der am 14. April d. J. in Bochum stattgefundenen Bezirkskonferenz der AAU, Ruhrgebiet, wurden die Delegierten von einem Genossen, der sich als Mitverfasser des betreffenden Artikels bezeichnete, auf denselben hinwiesen. Trotz dem Widerspruch gegen den Inhalt desselben erhoben wurde, hat der Genosse, welcher den Artikel doch genau kennen mußte, nichts von einem Druckfehler verstanden lassen. Demnach scheint ein solcher auch gar nicht vorhanden zu sein. Vielmehr scheint es so, als ob verschiedene Leute Angst vor der eigenen Courage bekommen haben, und nun versuchen, mit einem blauen Anze davonzukommen. Vielleicht können diese Zeiten einige Zeit abwechselnd bestimmt zu erwartenden Angriffen gegen die KAZ, beitragen.

Wir können dazu bemerken, daß der Redakteur des „Kampfruf“ den Artikel ebenfalls ohne Druckfehler vertriebt, und den Druckfehler, der sich in dem Artikel findet, selbst nicht bemerkt hat. Diese Unwahrhaftigkeit ist jedoch nichts neues, sondern anscheinend das Wesen der „neuen“ Taktik.

### Chronik

Wiener Gemeindefsozialismus. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, vom 19. April, bringt die Selbstmordchronik eines Tages, die soweit bekannt mit 10 Selbstmorden aus Not abschließt, am 16. die mit 16, usw. usw. Die Zeitung, die die Wiener Gemeindef-Sozialismus tagtäglich in höchsten Tönen preist, bringt derartige Listen fast täglich. — Wer zweifelt nun noch daran, daß die Notleidenden zahlenmäßig abnehmen, jährlich etwa um 3650, wenn es täglich im Durchschnitt nur zehn sind?

900 Morde jährlich in Dolaria. Beim Jahresrückblick der „Associated Press“ hielt Präsident Hoover seine erste Rede seit seinem Amtsantritt. Natürlich gab sie dem Schutze des Privatigentums, das, wie auch das Leben, in den Vereinigten Staaten mehr gefährdet sei, denn sonstwo in der Welt. Es würden in den USA. alljährlich rund 9000 Morde verübt. In nur der Hälfte dieser Fälle werden irgendwelche Verhaltungen vorgenommen und in weniger als einem Sechstel der Fälle werden die Mörder überführt. Im Vergleich zu Großbritannien finden in den Vereinigten Staaten zweanzigmal mehr Morde und mindestens fünfzigmal mehr Raubüberfälle statt. — Dies ist gar nicht anders, als zu erwarten, denn gerade in der Welt stoben Not und Überfluß so hart aufeinander, als in dem jenseitigen Lande der deutschen Gewerkschaften.

Christus und der Raubmörder. In der bizarr katholischen Umgegend von Pilsen verkaufte ein Mönch „Holz vom Kreuze Christi, den Splitter zu 50 bis 1000 Kronen (6—125 Mk.) Vorlesen des „Glaubensbekenntnisses“ und die richtige, einseitige Geschäftsmann Fetzen verkauft. „von dem Strick, an dem der Raubmörder Leckian gehängt wurde. Es wurde festgestellt, daß in einem einzigen Dorle Holz in der Menge eines ganzen „Kreuzes Christi“ unter Strickstücke zu verkaufen wurden. Die katholische und demokratische Presse schreit, weil — der Mönch nicht coht war. Deshalb verschweigen die Holzverkäufer, daß in Assisi richtige Mönche und Nonnen jagten, ragen „Kies vom Kreuz Christi“ verkaufen. Sie sind aber nicht mehr notwendig. Die staatliche Macht ist stabilisiert. Die trockene Guillotine der Justiz ist im Laufe der Jahre auf Hochverrat und Landfriedensbruch, sowie Aufrührerprozesse glänzend eingespießt. Damals kämpfte die Sozialdemokratie um die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung. Jetzt verteidigt sie die von ihr geschaffene bürgerliche Ordnung. Ihr schärfster Gegner ist in beiden Fällen das revolutionäre Proletariat. Als Regierungspartei, als Partei der Ruhe und Ordnung, ist sie heute wie damals die revolutionäre Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen das Kapital nichts weiter als Lumpenproletariat. Sie liefert der Bourgeoisie die Stützworte. Die Bourgeoisie greift sie begierig auf und treibt mit ihnen die Pogromstimmung bis zur Siedehitze.

Die Bourgeoisie braucht jetzt den Belagerungszustand. Die wirtschaftliche Krise nimmt ungeheure Formen an. Infolgedessen treibt die revolutionäre Welle. Die Arbeiterschaft kämpft sich an die Parolen der „Revolutionären KPD“. Sie hofft auf ihrer Führung aus dem Elend herauszugetrieben. Die KPD, bezweifelnd diese Stimmung, um die revolutionären Energien zur Auslösung zu bringen. Sie ergreift die erste beste Gelegenheit, das Verbot der Maidemonstration, um den Kampf zum Austrag zu bringen. Sicher ist der Kampf eine bittere Notwendigkeit, die einzige Möglichkeit, der immer wachsenden Offensive des Kapitals zu begegnen. Das Proletariat muß aus der Defensive heraus bei Strafe seines Untergangs. Es darf aber nicht den Zeitpunkt des Kampfes von der Bourgeoisie diktiert lassen. Die Bourgeoisie würde, daß der Kampf kommen muß. Sie stand schon seit Beginn des Jahres Gewehr bei Fuß. Der Belagerungszustand war die äußere Form der Alambereitschaft. Man war für den Kampf gerüstet. Da gegen wartete die Arbeiterschaft müde im Lauf der Dinge ab. Die Sozialdemokratie hielt durch eisernen Schlüchterschwanz jede Bewegung in der Arbeiterschaft nieder. Sie benutzte die Krise des Kapitals, um der Arbeiterschaft die Fesseln weiter anzuziehen. Der Kampf in der nordwestdeutschen Eisenindustrie von der revolutionären Arbeiterschaft gar nicht als die Einleitung der Kapitaloffensive begriffen worden. Die KPD hatte ihn nicht als politischen Kampf, sondern als Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie geföhrt. Sie machte daher nicht den allgeringsten Versuch, die revolutionären Kräfte zu entlassen. Die Taktik der Gewerkschaftsopposition mit ihrer typischen Führer- und Instanzpolitik kompromittiert wegen ihrer Festlegung auf die Erhaltung des Status quo. Die Kampfaktionen, die die KPD inszenierte, waren infolge ihrer eigenen inneren Zerrissenheit zwischen Kommunisten und kommunistischen Gewerkschaftlern von vornherein zu einer

### Bücher-Ecke

- Maxim Gorki. Märchen der Wirklichkeit. brosch. 3.— Mk. Leinen 5.— Mk.
- Maxim Gorki. Erinnerungen. 3.— „ 5.—
- Maxim Gorki. Das Leben Gorkis. 3.— „ 5.—
- Maxim Gorki. Märchen der Wirklichkeit. 2,40 — 4,80
- 30 neue Erzähler des neuen Kublans. 5,50 — 8.—
- Antioch. Die Insel der Nackten. 4.— 8.—
- Remarque. Im Westen nichts neues. 4.— 6.—
- Otto und Alice. Leo. 3,50 — 5.—
- Upton Sinclair. Sündenlöhne. 2,80 — 4,80
- Upton Sinclair. Petroleum. 4,80 — 7.—
- F. C. Weisskopf. Wer die Wahl hat, hat die Qual. 2,40 — 3,80

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.

Herausgeber und f. d. Inhalt verantwortlich: Wilh. Tietsch-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Holzmarkt, Berlin O 17.







